



HESSISCHER LANDTAG

05. 03. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern entschieden entgegenzutreten

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Wie der Hessische Lohnatlas belegt, sind die bisherigen Maßnahmen zur Verringerung von geschlechtsspezifischer Lohnungleichheit vollkommen unzureichend.
Laut Lohnatlas verdienen in Hessen Frauen durchschnittlich immer noch 11,8 % weniger als Männer. In ländlichen Kreisen ist die Lohnungleichheit sogar noch deutlich höher.
2. Der hessische Lohnatlas bezieht dabei weder Beschäftigte in Teilzeit noch geringfügig Beschäftigte in die Berechnung geschlechtsspezifischer Lohnungleichheit mit ein. Diese Beschäftigungsverhältnisse werden jedoch in großer Mehrzahl von Frauen eingegangen und tragen wesentlich zu Lohnungleichheit bei. Die tatsächliche Lohnungleichheit in Hessen wird somit nicht erfasst.
3. Alleinerziehende Frauen sind besonders stark von Lohnungleichheit und prekären Lebensverhältnissen betroffen. 87,1 % aller Alleinerziehenden sind Frauen. Auch die überwiegende Mehrzahl der arbeitslosen Alleinerziehenden, die dem Rechtskreis SGB II zugeordnet werden, sind Frauen.
4. Lohnungleichheit bedeutet zugleich auch immer Rentenungerechtigkeit: Die geringeren Erwerbseinkommen sind eine wesentliche Ursache für die zunehmende Altersarmut von Frauen.
5. Diese Trends haben sich nach vorliegenden Erkenntnissen durch die Corona-Pandemie weiter verschärft. So sind geringfügig Beschäftigte, die vorwiegend Frauen sind, von Jobverlusten und unmittelbarer Arbeitslosigkeit betroffen – sie werden nicht durch die Kurzarbeiterregelung aufgefangen.
6. Die Corona-Pandemie trifft besonders das Dienstleistungsgewerbe. In fünf von zehn Wirtschaftsbereichen, in denen übermäßig viele Beschäftigte Kurzarbeit anmelden mussten, sind Frauen zu größerem Anteil betroffen.
7. Die Kurzarbeiterregelung hilft vielen Frauen nicht. Geringfügig Beschäftigte, die im Zuge der Corona-Pandemie ihren Job verloren haben, werden vom Kurzarbeitergeld nicht aufgefangen. Die bestehende Kurzarbeiterregelung vergrößert die geschlechtsspezifische Lohnungleichheit, weil Frauen meistens in Wirtschaftsbereichen tätig sind, in denen keine Zuschläge auf das Kurzarbeitergeld erfolgen. Menschen mit ohnehin niedrigen Löhnen werden durch die einhergehenden Einkommenseinbußen in prekäre Lebensverhältnisse gedrängt.
8. Frauen sind stärker durch die Corona-Pandemie belastet als Männer, da sie überproportional von der zusätzlichen Sorgearbeit durch Schließungen von Schulen, Kitas, Tagespflegeeinrichtungen und anderen familienunterstützenden Leistungen betroffen sind. Aufgrund der Lohnungleichheit bleiben Frauen eher zu Hause und nehmen eher einen dauerhaften Jobverlust in Kauf, um die Betreuung zu organisieren. Gleichzeitig arbeiten Frauen überdurchschnittlich in Sorgeberufen, die in der pandemischen Situation unverzichtbar sind. Frauen werden bei schlechterer Entlohnung und mangelnder gesellschaftlicher Absicherung zwischen Arbeitswelt, (privater) Sorgearbeit und anderen Verpflichtungen regelrecht zerrieben. Dies führt zu überlangen Arbeitstagen und kaum Erholungsmöglichkeiten. Viele Frauen sind erschöpft.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf:

1. In Gesprächen mit Unternehmen und Arbeitgeberverbänden fortgesetzt auf die bestehenden Lohn- und Gehaltsdisparitäten hinzuweisen und auf deren Abstellung zu dringen.
2. Den Lohnatlas kurzfristig neu aufzulegen und dabei
 - a) Teilzeitbeschäftigte und geringfügige Beschäftigung in die Berechnungen einzubeziehen, um das tatsächliche Ausmaß geschlechtsspezifischer Lohnungleichheit darzustellen,
 - b) auch auf die Entwicklung von geschlechtsspezifischer Lohnungleichheit im Zuge der Corona-Pandemie einzugehen.
3. Weitere Schritte im eigenen Zuständigkeitsbereich zu ergreifen, um weiblichen Landesbediensteten die Möglichkeit zu einem Aufstieg innerhalb der Behörden zu erleichtern. Dazu gehört insbesondere eine Überarbeitung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGIG) entlang der genannten Kritiken im Rahmen der Gesetzesanhörung im Jahr 2015.
4. Der Vorbildfunktion nachzukommen und dafür zu sorgen, dass zukünftig mindestens die Hälfte der Minister und Staatssekretäre Frauen sind. Genderpolitik sollte in der Landesregierung einen gewichtigen Stellenwert bekommen.
5. Sich im Rahmen von Landesbeteiligungen, in Aufsichtsräten und bei Landesunternehmen für eine geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen und Aufsichtsratsmandaten einzusetzen.
6. Ein Förderprogramm für den Öffentlichen Dienst in Hessen aufzulegen, welches Inter- und Trans-Personen ermutigt, eine Ausbildung bzw. eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst zu beginnen.
7. Alle Förder- und Zuschussprogramme sowie Aufträge des Landes auf Genderkriterien zu untersuchen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass Frauen zu existenzsichernden Bedingungen beschäftigt werden können, eingeschlossen einer betrieblichen Alterssicherung.
8. Die Bestimmungen im Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz zu sozialen, ökologischen und innovativen Kriterien zu verschärfen, indem in § 3 HVTG eine Soll-Vorschrift eingeführt wird.
9. Programme zur Unterstützung von Frauen in der Krise aus dem Sonderprogramm zu finanzieren, die eine neue berufliche Orientierung durch Beratung und Qualifizierung ermöglichen.
10. Sich mit einer Bundesratsinitiative für eine sofortige Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 13 € brutto pro Stunde einzusetzen.
11. Sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass der Tarifvertrag für die Altenpflege, der kürzlich zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) geschlossen wurde, umgehend für allgemeinverbindlich erklärt wird.
12. Sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass sog. Minijobs abgeschafft werden.
13. Programme zu entwickeln, mit denen sich Sorge- und Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sowie gute Kinderbetreuung und familienergänzende Pflege besser miteinander vereinbaren lassen.

Begründung:

Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede sind eine seit Langem bekannte Diskriminierungsform, die sehr viele Frauen lebenslangen Nachteilen aussetzt. Alle politischen Ebenen sind dazu angehalten, diese im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit zu bekämpfen. Wie der Hessische Lohnatlas trotz seiner schwachen Datenbasis belegt, gibt es auch in Hessen in diesem Bereich viele Maßnahmen zu ergreifen.

Wiesbaden, 5. März 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler